

Antrag 143/II/2019**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 144/II/2019 (Konsens)****Handelsabkommen EU-Mercosur: Kein Abkommen zu Lasten von Menschenrechten, Umwelt- und Klimaschutz sowie bäuerlicher Landwirtschaft!**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in
 2 der Bundesregierung sowie die S&D-Fraktion im Europäi-
 3 schen Parlament werden aufgefordert, sich für folgendes
 4 Ziel einzusetzen:

5 Im Handelsabkommen der Europäischen Union (EU) mit
 6 den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paragu-
 7 ay und Uruguay) sind Menschenrechte, geltende EU-
 8 Standards im Klima-, Umwelt-, und Verbraucherschutz
 9 rechtlich zu verankern. Deren Einhaltung und Durchset-
 10 zung hat der parlamentarischen Kontrolle des Europäi-
 11 schen Parlaments zu unterliegen.

12

13 Konkret bedeutet das im Einzelnen:

- 14 • Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens
 15 (u.a. keine Ausweitung von Weide- und Anbauflä-
 16 chen durch Abholzung des Regenwaldes)
- 17 • Stärkung und effektive Durchsetzung der
 18 Menschenrechtsklausel, u.a. Einführung von
 19 Monitoring- und Beschwerdeinstanzen für alle
 20 Stakeholder sowie Sanktionsmaßnahmen
- 21 • rechtliche Verankerung der ILO-Kernarbeitsnormen
- 22 • rechtliche Verankerung auf Schutz von Betroffenen
 23 vor Landnahme und Vertreibungen
- 24 • Einhaltung und Durchsetzung des EU-
 25 Vorsorgeprinzips
- 26 • Festlegung von Standards für Tierhaltung und Um-
 27 weltschutz für den transatlantischen Lebensmittel-
 28 handel (u.a. keine Absenkung von oder Verzicht auf
 29 Importkontrollen)
- 30 • der Unterausschuss für Lebensmittelsicherheit (SPS
 31 Subcommittee) sowie die Dialoggruppen sind der
 32 Kontrolle des Europäischen Parlaments zu unter-
 33 stellen

34

35 Des Weiteren ist der Vertragstext des Assoziierungsab-
 36 kommens mind. 1 Jahr vor Ratifizierung der Öffentlichkeit
 37 zugänglich zu machen, damit eine kritische Auseinander-
 38 setzung und Begleitung der Beratungen in den nationa-
 39 len Parlamenten sowie dem Europäischem Parlament ge-
 40 währleistet ist.

41

42

43 Begründung

44 Die EU und der südamerikanische Staatenbund Merco-
 45 sur (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) wol-
 46 len gemeinsam die größte Freihandelszone der Welt auf-

47 bauen. Nach jahrelangen Verhandlungen verkündete EU-
48 Kommissionschef Jean-Claude Juncker Ende Juni 2019,
49 dass die Vertragspartner eine politische Einigung erzielt
50 haben.

51

52 Das Abkommen soll über den Abbau von Zöllen und an-
53 deren Handelshemmnissen den Warenaustausch stärken
54 und Unternehmen Kosteneinsparungen in Milliardenhö-
55 he bringen. Der Staatenbund Mercosur ist mit einer Be-
56 völkerung von mehr als 260 Millionen Menschen einer der
57 großen Wirtschaftsräume der Welt. Die EU kommt sogar
58 auf mehr als 512 Millionen Einwohner. Die Exporte von EU-
59 Unternehmen in die vier Mercosur-Staaten beliefen sich
60 2018 auf rund 45 Milliarden Euro, in die andere Richtung
61 waren es Ausfuhren im Wert von 42,6 Milliarden Euro. Die
62 Mercosur-Staaten exportieren vor allem Nahrungsmittel,
63 Getränke und Tabak in die EU. Von dort gehen wiederum
64 vor allem Maschinen, Transportausrüstungen sowie Che-
65 mikalien und pharmazeutische Produkte nach Argentinien,
66 Brasilien, Paraguay und Uruguay.

67

68 Laut EU-Kommission werden die Vertragspartner den Ent-
69 wurf nun juristisch prüfen und das endgültige Abkommen
70 ausformulieren. Dann soll der Vertrag dem Europäischen
71 Parlament und den nationalen Parlamenten zur Ratifizie-
72 rung vorgelegt werden.

73

74 Umwelt- und Verbraucherschützer*innen mahnen vor
75 den sozialen und ökologischen Risiken bei Abschluss des
76 EU-Mercosur-Abkommens bei derzeitigem Stand des Ver-
77 handlungstextes. Sie befürchten, dass damit größere Hin-
78 dernisse bei Durchsetzung von Standards zum Schutz der
79 Umwelt, der Gesundheit und der Menschenrechte aufge-
80 baut werden.

81

82 Schon heute führen der Soja-Anbau sowie das Wachs-
83 tum der Rinderherden beispielsweise in Brasilien zu mas-
84 siver Abholzung, Landkonflikten und einer Verschärfung
85 der Klimakrise. Soja aus dem Mercosur landet massen-
86 haft in den Futtertrögen der europäischen Megaställe und
87 Mastanlagen. 94 Prozent des Sojaschrots und 52 Pro-
88 zent der Sojabohnen, die die EU auf dem Weltmarkt ein-
89 kauft, stammen aus dem Mercosur. Die europäische Über-
90 schussproduktion von Fleisch und Milch wäre ohne die
91 riesige Einfuhr von Soja und anderen Futtermitteln über-
92 haupt nicht aufrecht zu erhalten.

93

94 Weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde rechtliche Veran-
95 kerung des in der EU geltenden Vorsorgeprinzips. Im Ent-
96 wurf des Vertragstextes findet das Vorsorgeprinzip ein-
97 malig Erwähnung im nicht-sanktionsbewährten Nachhaltig-
98 keitskapitel. Diese ist weitgehend zahnlos, denn Ver-
99 stöße gegen dessen Bestimmungen können nicht unter

100 dem Staat-Staat-Streitschlichtungsmechanismus des Ab-
101 kommens behandelt werden.

102

103 Das Assoziationsabkommen sieht außerdem die Einrich-
104 tung eines Unterausschusses für Lebensmittelsicherheit
105 vor (sogenanntes SPS Subcommittee), unter dem wie-
106 derum mehrere Dialoggruppen eingerichtet werden
107 sollen. Diese befassen sich unter anderem mit Biotech-
108 nologie, Pestizidrückständen, Tierwohl und Antibiotika-
109 Resistenzen. Teilnehmen sollen "Repräsentant*innen der
110 Vertragsparteien mit technischer Expertise", was mithin
111 auch Industrievertreter*innen oder Expert*innen mit
112 Verbindungen zur Lebensmittelindustrie umfassen kann.
113 Bislang sieht der Vertragsentwurf keinerlei Regelungen
114 zur parlamentarischen Kontrolle des Ausschusses vor.

115

116 Die zahlreichen Landkonflikte, die der Vormarsch des
117 Agrobusiness in den Mercosur-Staaten anheizt, machen
118 handelspolitische Regeln zum Schutz der Menschenrech-
119 te notwendig. Im Abkommen muss ein effektiver Schutz
120 vor Landnahme für Betroffene rechtlich verankert werden,
121 etwa gemäß dem UN-Konzept zur freien, vorherigen und
122 informierten Zustimmung.

123

124 Bislang sieht das Assoziationsabkommen keinerlei Stär-
125 kung der viel zu schwachen Menschenrechtsklausel vor,
126 die die EU in ihre Handelsverträge integriert. Diese erlaubt
127 zwar grundsätzlich die Aussetzung von Handelspräferen-
128 zen bei schwerwiegenden Verstößen, jedoch kam es auf-
129 grund der hohen Hürden, die die EU für die Aktivierung der
130 Menschenrechtsklausel errichtete, bisher nie zu Handels-
131 sanktionen. Die Wirksamkeit der Klausel wird auch durch
132 das Fehlen effektiver Monitoring- und Beschwerdeinstan-
133 zen eingeschränkt.[1]¹

134

135 Eine zukunftsweisende Handelspolitik entscheidet sich
136 nicht in der Wahl zwischen radikalem Freihandel oder Pro-
137 tektionismus, sondern ist auf eine nachhaltige Entwick-
138 lung ausgerichtet, die die Zukunftsfragen der Menschheit
139 wie den Klimaschutz, die Erhaltung der Biodiversität und
140 den Schutz von Freiheits- und Grundrechten ins Zentrum
141 rückt.

142 [1]²[https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20180615-hintergrund-](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20180615-hintergrund-handelsabkommen-eu-mercosur.pdf)

143 [handelsabkommen-eu-mercosur.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20180615-hintergrund-handelsabkommen-eu-mercosur.pdf)³,

144 <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/das-eu-assoziationsabkommen-mit-dem-mercosur-frontalangriff-auf-baeuerliche-landwirtschaft-menschen/>⁴,

145 <https://www.greenpeace-magazin.de/ticker/eu-baut-mit-mercosur-staatenbund-weltweit-groesste-freihandelszone-auf>⁵